

## ECKPUNKTE

### klare Zuständigkeiten und eine kohärente Standortpolitik für Rechenzentren in Deutschland

**Berlin, 18.06.2025**

Rechenzentren sind eine zentrale digitale Infrastruktur, vergleichbar mit Verkehrs- oder Energieinfrastruktur. Sie sind das Rückgrat digitaler Souveränität und Innovation, sowie Grundlage für die digitale Wirtschaft. Die Rolle von Rechenzentren für den Wirtschaftsstandort Deutschland wird durch die exponentiell wachsende Nachfrage nach Rechenleistung für KI immer wichtiger. Bereits im Jahr 2023 ergab sich durch Rechenzentrumsnutzung eine zusätzliche Bruttowertschöpfung von rund 250 Milliarden Euro für die deutsche Volkswirtschaft.<sup>1</sup> Auch vor dem Hintergrund der Pläne der EU-Kommission zur Verdreifachung der Rechenzentrumskapazitäten bis 2030 ist die Entwicklung des Rechenzentrumsstandorts Deutschland von strategischer Bedeutung. Für Forschungs- und Anwendungsszenarien im Bereich Künstlicher Intelligenz ist ein funktionierendes Ökosystem an Rechenzentren unerlässlich. Es ist daher notwendig, positive Rahmenbedingungen für die Ansiedlung von Rechenzentren zu schaffen. Dabei sind aus Sicht der Internetwirtschaft die folgenden Punkte zu beachten.

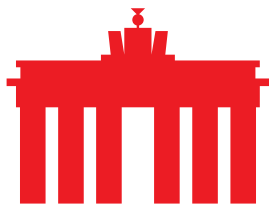
#### ▪ **Deutschland braucht eine kohärente Standortpolitik für Rechenzentren**

Die primäre Funktion von Rechenzentren ist die Sicherstellung leistungsfähiger, verfügbarer und wirtschaftlich betreibbarer digitaler Dienste für Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft. Die Rahmenbedingungen für Auf- und Ausbau müssen sich an dieser digitalen Kernfunktion orientieren, und dürfen nicht hinter den Partikularinteressen anderer Industrien und Politikbereiche (z. B. Energie-, Bau-, oder Forschungspolitik) zurückstehen.

In der vergangenen Legislaturperiode richtete der Gesetzgeber seinen Fokus verstärkt auf die energiepolitischen Aspekte des Betriebs und Ausbaus von Rechenzentren. Im Zentrum standen dabei insbesondere die Integration von Rechenzentren in das Energiesystem sowie die Steigerung ihrer Energieeffizienz im laufenden Betrieb. Zweifellos ist die Verfügbarkeit von Netzkapazitäten für Strom und Wärme ein entscheidender Faktor, insbesondere bei großvolumigen Rechenzentrumsprojekten. Eine einseitige Ausrichtung des Ausbaus auf energiepolitische Ziele und Anforderungen birgt jedoch das Risiko, die primäre Funktion von Rechenzentren zu beeinträchtigen. Sollte der einseitige Fokus auf energiepolitische Aspekte nicht einer ganzheitlicheren Betrachtungsweise weichen,

---

<sup>1</sup> [https://www.eco.de/studie\\_spillover-effekte-von-rechenzentren/](https://www.eco.de/studie_spillover-effekte-von-rechenzentren/)



wird sich dies nachteilig auf die digitale Souveränität und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im Bereich der Künstlichen Intelligenz auswirken.

Es bedarf einer auf die Erfordernisse des Digitalstandortes Deutschland abgestimmten Standortpolitik für Rechenzentren, welche neben den wirtschaftlichen und energiepolitischen Faktoren auch die sicherheitsrelevanten Rahmenbedingungen und forschungspolitische Aspekte berücksichtigt. Dies ist notwendig um Deutschland als attraktiven und sicheren Standort für Rechenzentren auszubauen. Ein beschleunigter und effektiver Ausbau kann nur gelingen, wenn die Zuständigkeiten klar geregelt und zentral koordiniert werden.

#### ▪ **Zuständigkeit für Rechenzentren im BMDS bündeln**

Eine Fragmentierung der Zuständigkeiten riskiert widersprüchliche Regulierungsansätze, unklare Zuständigkeiten aufgrund mangelnder Gesamtstrategie und Koordination. Dies hätte Unsicherheiten für Investoren sowie ineffiziente Planung und Umsetzung zur Folge. Notwendig sind eine zentrale Steuerung und klare Federführung unter Betrachtung der Rechenzentren als Teilaspekt des Ökosystems digitaler Infrastrukturen. Eine Zersplitterung des Thematischen Zuständigkeiten auf potenziell drei Ministerien (BMDS, BMFTR, BMWWE) würde dem Ziel eines wettbewerbsfähigen Rechenzentrumsstandortes entgegenstehen. Zwar ist eine enge Abstimmung zwischen dem BMDS, BMWWE sowie dem BMFTR erforderlich, jedoch sollte ein federführender Akteur die Gesamtverantwortung übernehmen. Auch, um Deutschlands Position auf europäischer Ebene wirksam und geschlossen vertreten zu können.

Ein zentraler Ansprechpartner auf bundespolitischer Ebene schafft zudem Klarheit, erleichtert der Branche wie auch den Verwaltungen die Orientierung und sorgt für effiziente Abstimmung. Die Abteilung „Digitale Infrastrukturen“ im BMDS zeigt aufgrund ihrer Erfahrungen, Kompetenzen und fachlichen Ausrichtung das größte Potential, diese Rolle zu übernehmen. Denn digitale Infrastrukturen bestehend aus Telekommunikationsnetzen, Mobilfunk und Rechenzentren müssen als miteinander vernetztes Ökosystem gedacht werden. Gleichzeitig gilt es, den Blick zu weiten und auch die Energieinfrastruktur einzubeziehen. Für Rechenzentren ist der Zugang zu Strom essenziell, umgekehrt müssen Stromnetze auf die Anforderungen solcher Einrichtungen vorbereitet sein. Zudem gewinnt der Zugang zu Wärmenetzen zunehmend an Bedeutung.

Konkret sollte daher sichergestellt werden, dass Referate im BMWWE mit Zuständigkeit für Wärmeinfrastruktur, Energieeffizienz und Stromnetzausbau<sup>2</sup> ihre Vorschläge mit dem BMDS abstimmen, sofern diese sich auf den Rechenzentrumsstandort auswirken. Dies betrifft insbesondere Fragen der Abwärmenutzung, Effizienzvorgaben sowie Strategien zur effizienten Vergabe von Stromnetzanschlusskapazität.

---

<sup>2</sup> Altes BMWK II A 6 (Grundsatz und Rechtsfragen Energieeffizienz; Wärmewende in Industrie und Gewerbe), III C 6 (Integration von Elektromobilität, Wärmepumpen und Speichern in die Stromnetze)



## Fazit

Deutschland benötigt eine kohärente, strategisch ausgerichtete Standortpolitik für Rechenzentren. Der Fokus muss auf der digitalen Kernfunktion von Rechenzentren liegen: der sicheren, leistungsfähigen und wirtschaftlichen Bereitstellung digitaler Dienste. Eine einseitige Ausrichtung auf energiepolitische Ziele greift zu kurz und gefährdet die digitale Souveränität sowie die Wettbewerbsfähigkeit im Bereich Künstliche Intelligenz.

Notwendig ist ein ganzheitlicher Ansatz, der wirtschaftliche, energie-, sicherheits- und forschungspolitische Anforderungen integriert und zentral koordiniert wird. Die Zuständigkeit sollte klar im BMDS gebündelt sein, um widersprüchliche Regulierungsansätze zu vermeiden und den Standort Deutschland gezielt und effektiv weiterzuentwickeln.

---

**Über eco:** Mit rund 1.000 Mitgliedsunternehmen ist eco ([www.eco.de](http://www.eco.de)) der führende Verband der Internetwirtschaft in Europa. Seit 1995 gestaltet eco maßgeblich das Internet, fördert neue Technologien, schafft Rahmenbedingungen und vertritt die Interessen seiner Mitglieder gegenüber der Politik und in internationalen Gremien. eco hat Standorte in Köln, Berlin und Brüssel. eco setzt sich in seiner Arbeit vorrangig für ein leistungsfähiges, zuverlässiges und vertrauenswürdigen Ökosystem digitaler Infrastrukturen und Dienste ein.